

## **Bürgerschaftliches Engagement wird mehr denn je gebraucht**

Fazit von Jürgen Schultheis (Frankfurter Rundschau) zum „Forum Bürgergesellschaft“

Die Stiftung Bürger für Bürger hat kürzlich den Versuch unternommen, ein Phänomen näher zu bestimmen, das in diesen Tagen ebenso präsent wie unfassbar erscheint: Wenige Kilometer außerhalb Berlins diskutierte eine Runde aus theoretisch geschulten Praktikern und praktisch orientierten Theoretikern über die Frage, wie viel soziale Ungleichheit eine lebendige Bürgergesellschaft braucht oder gar forciert. Die Frage war bewusst provokant gestellt, um über die Kontroverse am Ende näher bestimmen zu können, was denn eigentlich Bürgergesellschaft sei.

Die Runde auf Schloss Diedersdorf ist die Antwort zwar schuldig geblieben – die im übrigen auch niemand ernsthaft erwartet hatte. Aber es glückte doch so etwas wie eine Grundverständigung und nähere Beschreibung des Phänomens. Bürgergesellschaft, darauf hat der Soziologe Prof. Claus Offe hingewiesen, ist vor allem eine Vielzahl von Ideen und Praktiken von Menschen außerhalb staatlicher Institutionen. Die Akteure der Bürgergesellschaft – Menschen in Vereinen, Bürgerinitiativen oder anderen Gruppen, die ein Mindestmaß an kollektiver Aktion aufweisen, zeichnen sich durch eine kritische Halbdistanz zu Staat und Markt aus, obgleich beide Sphären notwendige Voraussetzungen für eine lebendige Bürgergesellschaft sind. Der Staat, weil er eine diskriminierungsfreie Gleichheit vor dem Gesetz und Koalitionsfreiheit garantiert; der Markt, weil er laut Offe ursprünglich nicht primär auf die Steigerung des Wohlstandes ausgerichtet war, sondern als Arrangement des sittlichen Kaufmannes verstanden worden ist, aus der die Tugend der Verantwortung des Einzelnen entsteht. Auf dieser staatlichen und marktwirtschaftlichen Grundlage zeichnen sich die Akteure der Bürgergesellschaft durch ein hohes Maß an Selbstorganisation aus, um Probleme lösen zu können. Zugleich müssen sie Distanz zu beiden Sphären wahren, weil der Staat durch Überregulierung gerade die Handlungsfähigkeit selbstorganisierter Bürger einschränkt, und weil der moderne Markt heute auf vielen Gebieten wohlfahrtsmindernd wirkt und das „Lebensgut Arbeitsvertrag“ (Offe) immer häufiger vorenthält.

Die Art und Weise, wie Probleme gelöst werden, unterscheidet Bürgergesellschaft von Staat: Während Staat im Regelfall einsektoral, zeitlich befristet und mit teilweise großen Summen Geldes einzugreifen versucht, setzt Bürgergesellschaft auf Akteure aus unterschiedlichen Sektoren mit unterschiedlichen Kompetenzen, auf ihre Vernetzung untereinander, auf die wechselseitige Vermittlung von Wissen und auf die Dauer der Kooperation. Dass die Akteure der Bürgergesellschaft dabei auch an harten Problemen mitarbeiten – etwa bei der Integration von Ausländern oder in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus – zeigen Beispiele aus Augsburg und aus Ostdeutschland.

In Augsburg hat sich in den vergangenen Jahren eine lebendige bürgerschaftliche Szene entwickelt, die in Kooperation mit dem koordinierenden Sozialamt der Stadt an vielerlei Aufgaben arbeitet: In so genannten Stadtteilschulen qualifizieren Freiwillige türkische Mütter, Jugendliche engagieren sich außerhalb ihrer vertrauten Sphäre und gewinnen Einblick in andere Milieus, der Neubürgerempfang ist keine Sache der Stadt mehr, sondern wird von Altbürgern in eigener Regie organisiert. „Kommune besteht substantziell aus Ehrenamt“, sagt Augsburgs Sozialdezernent Dr. Konrad Hummel, der statt kritischer Halbdistanz von Bürgergesellschaft und Staat vermutlich lieber von freundlicher Halbnähe von Staat und Bürgergesellschaft sprechen würde.

Wer sich engagiert, sagt der Sozialwissenschaftler Prof. Thomas Olk, Vorsitzender der Stiftung Bürger für Bürger, der verfügt über ideelle und materielle Ressourcen, ist selbstbewusst und kann sich also das Engagement in vielerlei Hinsicht „leisten“. Solche Akteure sind aber ungleich verteilt, wie das Beispiel Ostdeutschland zeigt, wo die Basis für ehrenamtliche Arbeit oft fehlt, weil die Vorbilder, die Tonangebenden gerade in der jungen Generation das Land Richtung Westen verlassen, sagt Andreas Pautzke, Geschäftsführer der Stiftung Demokratische Jugend. In Mecklenburg-Vorpommern sind es sogar zunehmend auch Mitglieder und Sympathisanten der NPD, die sich bürgerschaftlich engagieren, etwa Suppenküchen für Bedürftige organisieren, das Personal der Freiwilligen Feuerwehren stellen und andere klassische Ehrenämter besetzen. Die Stiftung versucht, etwa über das Thema Heimatverbundenheit den Jugendlichen Angebote zu machen, um Widerstandsfähigkeit gegen rechtsradikale Ideologien aufzubauen. Angebote, mit denen die Selbstorganisation und damit bürgerschaftliche Strukturen entstehen sollen.

Bürgergesellschaft, auch das ist ein Ergebnis des Forums auf Schloss Diedersdorf, ist nicht gleich verteilt und ist dort nicht existent, wo sie besonders gebraucht wird – nämlich im Osten der Republik. Die unterschiedlichen Formen von Bürgergesellschaft können gerade wegen dieser regionalen Besonderheiten nicht einfach übertragen werden. Wie sie gefördert werden können, ist bislang weitgehend unklar. Ein Weg könnte sein, Selbstbewusstsein gerade bei Jugendlichen aufzubauen, ihnen Verantwortung zu übertragen und ihre Fähigkeiten anzuerkennen, sagt Eveline Metzen, Mitarbeiterin der Hamburger Körper-Stiftung. „Erst dann können sie als Bürger aktiv werden.“

Umstritten blieb am Ende, ob denn nun alle 22 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die sich im weitesten Sinne engagieren, Teil der Bürgergesellschaft sind, worauf der Direktor des Maecenata-Instituts, Rupert Graf Strachwitz, hinwies. Unbestritten blieb seine Auskunft, dass gerade zwischen Politik und öffentlicher Verwaltung einerseits und Bürgergesellschaft andererseits ein schwieriges Ver-

hältnis besteht. Der Staat in seinem Selbstverständnis als Aufseher und Kontrolleur behandle die Akteure der Bürgergesellschaft im Regelfall mit Herablassung. Sie seien dann willkommen, wenn es um „nachsorgende Reparatur geht“, aber Störenfriede, wo sie sich einmischen, sagt die BUND-Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrt.

Mag sein, dass – im Sinne der provokanten Frage des Forums – Bürgergesellschaft die Disparitäten in der Gesellschaft erhöht, weil eben nicht überall und gleichermaßen Engagement zum Wohle der Gemeinschaft entsteht und gedeiht. Und dennoch ist das Konzept selbstorganisierten Engagements ohne Alternative, weil der Staat – ob gewollt oder ungewollt – aus Mangel an Potenz seine Allzuständigkeit langsam verliert. Gerade deswegen wäre eine Öffnung staatlicher Institutionen hin zur Bürgergesellschaft wünschenswert – aus der kritischen Halbdistanz hin zu einer freundlichen Nähe. „Der Test für die Bürgergesellschaft kommt dann, wenn der Staat der Bürgergesellschaft etwas zutraut“, sagt Prof. Thomas Olk, Vorstand der Stiftung Bürger für Bürger.

Jürgen Schultheis  
Frankfurter Rundschau